

Rehm, Miriam

Research Report

Weniger Umverteilung nach oben als befürchtet: Kommentar zur Budgetrede von Markus Marterbauer

ifso expertise, No. 31

Provided in Cooperation with:

University of Duisburg-Essen, Institute for Socioeconomics (ifso)

Suggested Citation: Rehm, Miriam (2025) : Weniger Umverteilung nach oben als befürchtet: Kommentar zur Budgetrede von Markus Marterbauer, ifso expertise, No. 31, Universität Duisburg-Essen, Institut für Sozioökonomie (ifso), Duisburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/317791>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Miriam Rehm

***Weniger Umverteilung
nach oben als befürchtet:
Kommentar zur
Budgetrede von Markus
Marterbauer***

uni-due.de/soziooekonomie/expertise

Weniger Umverteilung nach oben als befürchtet:

Kommentar zur Budgetrede von Markus Marterbauer

14. Mai 2025

Miriam Rehm

Österreich befindet sich, wie Deutschland und andere europäische Länder, derzeit in einer **Rezession**, für die starke Risiken einer Verlängerung bestehen. Die Forschung zeigt, dass unter solchen Umständen **Budgetkonsolidierungen deutlich schwieriger erfolgreich durchzuführen** sind, insbesondere wenn diese **ausgabenseitig** stattfinden (Jordá/Taylor 2016, Gechert 2023), und dass diese zugleich besonders **negative Verteilungswirkungen** aufweisen (Woo et al. 2016). Diese treffen auf eine ohnehin schon hohe Ungleichheit insbesondere bei **Vermögen** (Rehm 2020); zudem geht **Einkommensungleichheit** mit vielfältigen Fehlentwicklungen auf gesamtwirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene einher (SVR 2024). Daher wäre der grundlegende Konsens in der österreichischen wirtschaftspolitischen Debatte, nämlich dass eine Budgetkonsolidierung zum jetzigen Zeitpunkt ökonomisch sinnvoll ist, aus wissenschaftlicher Perspektive zu hinterfragen.

Wird diese Entscheidung der Bundesregierung jedoch als gegeben hingenommen, so weist die Forschung darauf hin, dass Budgetkonsolidierungen während eines wirtschaftlichen Abschwungs, die **einnahmenseitig erfolgen und Verteilungsaspekte berücksichtigen, erfolgsversprechender** sind als solche, die das nicht tun (Gechert/Rannenbergs 2018). Dieser Umstand ist in den Wirtschaftswissenschaften seit Haavelmo bekannt (Haavelmo 1945). Die intuitive Erklärung ist, dass Konsolidierungen, die vorrangig auf das Leistungsfähigkeitsprinzip abstellen, das Wachstum weniger stark beeinträchtigen, weil sie den privaten Konsum – die größte und somit zentrale Nachfragegröße – stabilisieren.

Positiv zu vermerken sind vor diesem Hintergrund die Verlängerung des Spitzensteuersatzes von 55% ab 1 Mio. Euro Jahreseinkommen, sowie der Energiekrisenbeiträge für Strom und fossile Energie, die leichte Anhebung der Steuern bei Privatstiftungen, sowie die Umwidmungsabgabe. Zu **kritisieren** sind andererseits andere Aspekte des vorgelegten Budgets:

1. Eine Besteuerung von **Erbschaften und Vermögen** bleibt gänzlich aus. Eine Vermögenssteuer würde selbst bei großzügigen Annahmen zu Ausweichreaktionen etwa **6 Milliarden Euro** zusätzliche Einnahmen pro Jahr generieren (Heck et al. 2024); dementsprechend würde eine Erbschaftssteuer etwa **2 Milliarden Euro** einbringen. Gerade bei Erbschaften ist Österreich hier ein Sonderfall im europäischen Vergleich; die meisten Staaten heben diese kaum verzerrende und somit wachstumsfreundliche Steuer (Bastani/Waldenström 2020) ein. Insbesondere für eine Vermögenssteuer gibt es zudem breite Unterstützung in der österreichischen Bevölkerung, und die derzeitigen Bedingungen sind für eine Einführung günstig (Elsässer/Fastenrath/Rehm 2023, Fessler/Lindner/Schürz 2023).
2. Die Erhöhung der **Bankenabgabe** ist unter dem Gesichtspunkt der Leistungsfähigkeit zu begrüßen. Allerdings ist das Volumen mit 500 Millionen Euro jährlich zu bescheiden; diese liegt am unteren Ende der Aufkommen im Vergleich zu anderen neu eingeführten Bankensteuern in Europa (Maneely/Ratnovski). Dies ist insbesondere angesichts der aktuell äußerst robusten Ertragslage des österreichischen Bankensektors der Fall: dieser meldete 2024 mit 11,5 Milliarden Euro das dritte Jahr in Folge Rekordgewinne, nachdem diese vor 2022 jahrelang unter 7 Milliarden Euro gelegen waren (Premrov et al. 2025).
3. Ein Mitgrund für die budgetäre Schiefelage ist die fehlgeleitete Senkung der KöSt von 25% auf 24% 2023 und 23% 2024. Während die Forschung zeigt, dass solche Senkungen nicht das

Wirtschaftswachstum stärken (Gechert/Heimberger 2022, Hanappi et al. 2024), sind der Bundesregierung 2023 und 2024, grob geschätzt, etwa 1,5 Milliarden Euro entgangen. Eine Wiedereinführung würde somit jährlich etwa eine Milliarde Euro Zusatzeinnahmen einbringen.

Schließlich wäre eine Energieabgabe für Energieversorger (zusätzlich zum geplanten Energiekrisenbeitrag) sinnvoll gewesen, und eine Reform der Grundsteuer, die eine wichtige Einnahmequelle für Kommunen ist, wäre dringend nötig.

Ohne detaillierten Verteilungsanalysen mittels Mikrosimulationen vorzugreifen, wird das Sparpaket aller Wahrscheinlichkeit nach das Wachstum weiter dämpfen, die Einkommensverteilung ungleicher machen sowie die extrem ungleiche Vermögensverteilung weitgehend unangetastet lassen. Allerdings **verteilt es weniger stark nach oben um**, als unterschiedliche Ankündigungen und Vorschläge im Wahlkampf – sowohl von politischer als auch von wirtschaftspolitischer Seite – erwarten lassen hätten.

Quellen:

- Bastani, S. und Waldenström, D. (2020): How should capital be taxed? *Journal of Economic Surveys* 34: 812-846. <https://doi.org/10.1111/joes.12380>
- Elsässer, L., Fastenrath, F., und Rehm, M. (2023): Making the Rich Pay? Social Democracy and Wealth Taxation in Europe in the Aftermath of the Great Financial Crisis, *European Political Science Review* 15(2), p. 194-213, <https://doi.org/10.1017/S1755773922000510>
- Fessler, P., Lindner, P., und Schürz, M. (2023): Eurosystem Household Finance and Consumption Survey 2021: first results for Austria, OeNB Reports, <https://www.oenb.at/en/Publications/Economics/reports/2023/hfcs-first-results.html>
- Jordà, Ò. und Taylor, A.M. (2016), The Time for Austerity: Estimating the Average Treatment Effect of Fiscal Policy. *Economic Journal* 126, 219-255. <https://doi.org/10.1111/eoj.12332>
- Gechert, S. (2023). Fiscal policy: post- or New Keynesian?. *European Journal of Economics and Economic Policies Intervention* 20(2), 338-355. <https://doi.org/10.4337/ejeep.2023.0120>
- Gechert, S. und Rannenberg, A. (2018): Which fiscal multipliers are regime-dependent? A meta-regression analysis, *Journal of Economic Surveys* 32, 1160-1182. <https://doi.org/10.1111/joes.12241>
- Haavelmo, Trygve (1945): Multiplier Effects of a Balanced Budget, *Econometrica* 13(4), 311-318.
- Hanappi, T., Millot, V., und Turban, S. (2023): How does corporate taxation affect business investment? Evidence from aggregate and firm-level data, OECD Economics Department Working Papers Nr. 1765, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/04e682d7-en>.
- Heck, I., Hornykewycz, A., Kapeller, J., und Wildauer, R. (2024): Vermögensverteilung in Österreich: Eine Analyse auf Basis des HFCS 2021/22, Working Paper-Reihe der AK Wien Nr. 255.
- Maneely, M. und Ratnovski, L. (2024): Bank Profits and Bank Taxes in the EU. IMF Working Paper 143. <http://doi.org/10.5089/9798400281198.001>.
- Premrov, T., Schnetzer, M., und Zotter, T. (2025): Bankenabgabe: ein Beitrag der Rekordgewinner zur Budgetsanierung, *Wirtschaft und Gesellschaft* 51(1), 5-15.
- Rehm, M. (2020): Vermögensverteilung und Wirtschaftskrisen, *Economic Review - Journal for Economic Policy* 100(4), 245-250.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2024): Wachstumsschwäche überwinden – in die Zukunft investieren. Jahresgutachten 2023/24, https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg202324/JG202324_Gesamtausgabe.pdf
- Woo, J., Bova, E., Kinda, T., und Zhang, S. (2017): Distributional Consequences of Fiscal Adjustments: What Do the Data Say? *IMF Economic Review* 65 (2), 273-307.



ifso expertise

ifso expertise is a series consisting of economic and social policy expertise emerging at and around the Institute for Socio-Economics at the University of Duisburg-Essen.

ifso expertise ist eine Publikationsreihe wirtschafts- und sozialpolitischer Expertisen, die am oder im Umfeld des Instituts für Sozioökonomie an der Universität Duisburg-Essen entstanden sind.

All issues of **ifso expertise** at uni-due.de/soziooekonomie/expertise
Alle Ausgaben von *ifso expertise*

ISSN 2699-8688

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken



Institut für Sozioökonomie
Universität Duisburg-Essen

Lotharstr. 65
47057 Duisburg

uni-due.de/soziooekonomie
expertise.ifso@uni-due.de



This work is licensed under a
Creative Commons Attribution
4.0 International License